

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Gewerkschaftliche Herbstkämpfe in Frankreich

Die französischen Lohnverhältnisse haben sich in den letzten zwei Jahren zweifellos wesentlich gebessert. Offiziellen Schätzungen zufolge liegen die Löhne Ende 1955 um etwa 20 vH über dem Niveau von 1953. Stärker aber als die Löhne stiegen im gleichen Zeitraum die Gewinne der großen Industrie-Unternehmen. Darin liegt der wesentliche Grund der im Herbst 1955 zum Ausbruch gekommenen sozialen Spannungen und lohnpolitischen Auseinandersetzungen, die zeitweise einen gefährlichen Charakter anzunehmen drohten. Diese Lohn- und Tarifikämpfe endeten im allgemeinen zugunsten der Arbeitnehmerschaft, da sich allzu deutlich herausstellte, daß die Befriedigung der gestellten Forderungen in keiner Weise den wirtschaftlichen Aufstieg, die Währung und das Preisniveau gefährdete, wie vom Unternehmertum behauptet worden war.

Die Arbeitgeber glaubten, die Lohnforderungen ihrer Betriebsangehörigen mit dem Argument zurückweisen zu können, daß in den letzten Jahren kaum eine merkbare Änderung in den Lebenshaltungskosten eingetreten sei. Sie un-

terschätzten den Kampfwillen der Arbeitnehmerschaft und waren deshalb äußerst überrascht, als in verschiedenen Gegenden und Industrie-Unternehmen von Bedeutung, Streiks zum Ausbruch kamen und weitgehende Unterstützung in der Bevölkerung fanden.

Die Regierung hatte begriffen, daß behördliche Eingriffe in die schwebenden und schwellenden Konflikte verschärfend wirken mußten und hielt sich deshalb — nachdem von Behördenvertretern durch Einsatz von Polizeikräften die ersten Mißgriffe erfolgten — weitgehend zurück. Wo sie Mittlerversuche unternahm, tat sie es mit äußerster Vorsicht, denn unter allen Umständen wollte sie eine Generalisierung und Politisierung der Konflikte sowie eine Wiederholung der Ereignisse vom August 1953 vermeiden.

Nach Ausbruch der ersten großen Streiks in der Provinz änderten die Arbeitgeber ihre Verhandlungstaktik. Es kam zu mehreren Vertragsabschlüssen, die sehr schnell Konsequenzen in zahlreichen, außerhalb der Kämpfe stehenden Betrieben nach sich zogen. Was ursprünglich von der Arbeitgeberschaft als unmöglich bezeichnet wurde, erwies sich als tragbar. Lohnerhöhungen teils recht respektablem Umfangs wurden zugestanden, ohne die geringste Gefahr für die Währung und Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu bewirken.

Das Merkmal dieser Lohnkämpfe war es, daß sie nicht zentral geführt wurden, sondern dort einsetzten, wo die günstigsten Voraussetzungen für den Erfolg bestanden. Die freien

Gewerkschaftsorganisationen schlugen bei diesen Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberschaft eine neue Taktik ein, die auf der Erkenntnis beruhte, daß man die Starre der Lohnauseinandersetzungen am besten überwinden könne, wenn man dort angreift, wo die Erfüllungsmöglichkeit der erhobenen Forderungen mit gültigen Argumenten nicht bestritten werden kann. Daß die neue gewerkschaftliche Taktik richtig ist, beweisen die erzielten Ergebnisse, auf die die französische Arbeitnehmerschaft stolz sein kann, da sie nicht wenig zur Steigerung ihres Lebensstandards führten und darüber hinaus ihr Selbstbewußtsein und ihren Kampfgeist förderten.

Die sozial- und lohnpolitische Entwicklung der letzten Monate rief in allen wirtschaftlich interessierten Kreisen eine umfassende Diskussion hervor, die auch in politischer Hinsicht zu interessanten Stellungnahmen führte.

Die Lohnabkommen in der Automobil-Industrie

Einen ihrer schönsten Erfolge erzielte die französische Arbeitnehmerschaft mit dem neuen Abkommen, das zwischen den staatlichen Automobilfabriken der *Regie Renault* und ihren Arbeitnehmern kampflos — auf dem Wege freier Verhandlungen — abgeschlossen wurde. Die Bedeutung dieses Abkommens, das wir nachstehend noch erläutern werden, geht weit über den engen Rahmen der Renault-Werke und ihrer etwa 50 000 Arbeitnehmer hinaus. Es hat unverzüglich in den privaten Automobilwerken und in einer ganzen Anzahl von Unternehmen völlig fremder Industrien Nachahmung gefunden und damit einen weiteren Beweis dafür erbracht, daß eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der breiten Massen ohne Belastung für die Gesamtwirtschaft möglich ist.

Die Regie Renault hat mit dem Abkommen — gestützt auf die Erfahrungen der letzten Produktionsjahre — einen Wechsel auf die Zukunft gezogen und nicht allein für das laufende Geschäftsjahr Lohnzulagen bewilligt, sondern schon jetzt in Erwartung der Ergebnisse der in Durchführung begriffenen Modernisierung Mindestzulagen für die beiden folgenden Produktionsjahre verbindlich zugesagt, da sie von den Modernisierungsmaßnahmen eine weitere Produktionssteigerung und neue Senkungen der Selbstkosten erwartet. Die Regie Renault gewährte ihren Arbeitnehmern außer den Lohnsteigerungen wesentliche Verbesserungen der Sozialbestimmungen des Kollektiv-Vertrages — vor allem einen bezahlten dreiwöchigen Jahresurlaub für alle Angehörigen des Unternehmens mit mindestens einjähriger Betriebszugehörigkeit, eine vorteilhaftere Regelung der Bestimmungen bei Krankheit,

Alter und Todesfällen, Steigerung der betriebs-eigenen Leistungen als Zusatz zu den Leistungen der „Sozialen Sicherheit“ und eine Anpassung der Leistungsprämien an die Lohnentwicklung unter gleichzeitiger Sicherung der Lohnkaufkraft gegen Preisschwankungen.

Dieses Abkommen wurde zunächst von der kommunistischen Gewerkschafts-Organisation CGT mißbilligt, weil sie an seiner Ausarbeitung nicht teilgenommen hatte, aber nachträglich anerkannt, da es von der Arbeitnehmerschaft gutgeheißen wurde. In den Unternehmerkreisen rief das Abkommen starke Entrüstung hervor, weil es als Dolchstoß empfunden wurde. Man warf den Renault-Werken vor, als Staatsunternehmen Sozialpolitik auf Kosten der Abnehmer zu treiben, und behauptete, die den Arbeitern Renaults gewährten Zugeständnisse seien nur durch künstliche Hochhaltung der Automobilpreise möglich. Der Sturm legte sich aber schnell, denn schon wenige Tage nach Bekanntgabe des Renault-Abkommens und noch vor Beginn der alljährlich im Oktober stattfindenden großen internationalen Automobil-Ausstellung in Paris gewährten die großen privaten Automobilunternehmen und bedeutendsten Konkurrenten Renaults, beispielsweise *Citroen*, *Simca* und *Peugeot* ihren Arbeitnehmern ähnliche Arbeitsbedingungen. Alle waren darüber hinaus in der Lage, auf dem Automobil-Salon ihre neuen Verkaufspreise zum Teil recht erheblich herabzusetzen. Daß das Abkommen auf andere Industrien ansteckend wirkte, erwähnten wir bereits kurz.

Die Wandlung der Lohnstruktur

Es liegen jetzt einige offizielle Angaben über die Entwicklung der Lohnverhältnisse in den verschiedenen Wirtschaftszweigen vor. In der Eisen-Industrie Lothringen — Bergbau und Eisen- und Stahlwerke —, die etwa 75 000 Arbeiter beschäftigt, erreichen die Lohnerhöhungen 6,5 vH. Die Textil-Industrie, die als leidend gilt und größere Schwierigkeiten zu überwinden hat, gewährte Lohnsteigerungen von 5 vH, die chemische Industrie 6 vH und die Petroleumindustrie 5 vH. Im staatlichen Wirtschaftssektor erreichen die Lohnzulagen Ende 1955 etwa 10 vH. Allgemein werden unter Berücksichtigung der Verhältnisse im ganzen Lande, einschließlich der von den sozialen Bewegungen nicht erfaßten Gebiete und Branchen, die seit Juli erzielten Lohnsteigerungen auf 3 vH geschätzt, die bis zum Jahresabschluß — bei voller Auswirkung der getroffenen Vereinbarungen — etwa 5 vH erreichen werden. Im Verhältnis zum Nationaleinkommen wird der Lohnanteil im Jahr 1955 eine Steigerung von etwa 5 bis 6 vH betragen und dabei sicherlich noch unter dem erstrebenswerten Stand liegen. Die Folgerung, die objektive Beobachter aus der Entwicklung ziehen, lautet:

„Trotz dieser Lohnanpassungen besteht keine Gefahr für das Preisniveau.“

Interessant ist die Regelung des Beamtenkonflikts. Seit Jahren war den Beamten eine Neuordnung ihres Besoldungswesens zugesagt — aber nicht gehalten worden. Mehrere Beamtenstreiks veranlaßten im Sommer die Regierung dazu, wenigstens Teilgenugtuung zu geben und die Reform durch einige Gehaltserhöhungen einzuleiten. Wie stets differierten die Auffassungen über die Berechtigung der gestellten Forderungen. Die vom Finanzministerium vorgelegten Statistiken und die der Gewerkschaftsorganisationen klappten weit auseinander, so daß eine Verständigung nur sehr schwer erzielbar schien. Ministerpräsident *Edgar Faure*, der als Finanz- und Wirtschaftsspezialist einen ebenso guten Namen hat wie als geschickter Taktiker

und Unterhändler, hatte den Einfall, die Spezialisten des Ministeriums und der Gewerkschaften zu gemeinsamen Beratungen über ihr Verhandlungsmaterial einzuladen und sie aufzufordern, gemeinsam Vorschläge auszuarbeiten, die sehr schnell zur Verständigung führten und einen Kompromiß ermöglichten, der von den Gewerkschaften in Erwartung einer neuen und günstigen Situation angenommen wurde. Verweisen wir noch kurz darauf, daß innerhalb Frankreichs wesentliche Lohnstrukturwandlungen vor sich gegangen sind, die in den allgemeinen Statistiken und Lohnziffern weniger deutlich zum Ausdruck kommen. So verbesserte sich beispielsweise das Einkommen in verschiedenen Provinzgebieten durch Verminderung der Lohnzonenabschläge in wesentlich stärkerem Maße als das der Arbeitnehmerschaft der Pariser Region. *Arthur Riess (Paris)*